

György G. Márkus

## Ungarns ungültiges »Nein« zu Solidarität, Menschenrechten und Europa

Die ungarische Regierung unter Premierminister Viktor Orbán hat sich am 2. Oktober mit einem Referendum gegen die Quotenregulierung der EU-Flüchtlingspolitik gewandt. Letztlich ging es um 1.300 Asylanträge. Große Summen Geld wurden für eine fremdenfeindliche, nationalistische Hetz- und Hasskampagne ausgegeben. Fidesz, die Partei Orbáns, hat vom Parlament bis hin zu ländlichen Kleinsiedlungen mobilisiert, es wurde erpresst, bedroht, bestochen. Fidesz hat die ungarische Bevölkerung durch direkte und Medienpropaganda aufgewühlt, Ängste vor Überfremdung und Islamisierung geschürt, beinahe eine Art Kriegszustand herbeigeredet. Orbáns Parole: Der Kontinent soll europäisch, Ungarn ungarisch bleiben; und natürlich christlich: »Wir lassen nicht von Brüsseler Fremden bestimmen, mit wem wir zusammenzuleben haben.«

Das Schüren von Angst war effizient. Im Vergleich zum September 2015, als sich noch 56 % der Bevölkerung mit den Flüchtlingen solidarisch zeigten, waren ein Jahr später 80 % direkt flüchtlingsfeindlich und wollten nicht (mehr), dass sich Flüchtlinge in Ungarn niederlassen. Dass sie gefährlich seien und nicht bleiben dürften, meinten 92 % der Fidesz-Sympathisanten, bei den Anhängern der rechtsextremen Jobbik lag der Wert bei 94 % und sogar bei denen der Sozialisten (MSZP) bei enormen 69 %. Die für Europa erfreuliche Nachricht vom 2. Oktober lautet: Statt der notwendigen 50 % gaben nur etwa 43 % ihre Stimme ab. Die unerfreuliche Nachricht: Von den Teilnehmenden stimmten 98 % gegen die EU-Aufnahmequoten für Flüchtlinge.

Die extrem hohe Fremdenfeindlichkeit in der ungarischen Bevölkerung ist jedoch nicht einfach das Ergebnis der überaktiven Propaganda der rechtsnationalen Regierung. Im Gegenteil. Viktor Orbán hat lediglich die historisch ausgeprägte Xenophobie verstärkt und in seinen Dienst gestellt. Für ihn war und ist die Flüchtlingskrise mit der Möglichkeit einer alles überragenden Thematisierung ein Geschenk des Himmels. Bis in die erste Hälfte des Jahres 2014 büßte Fidesz wichtige Prozentpunkte ihrer Popularität ein und verlor einige lokale Wahlen. Der geringe Lebensstandard, die Ungleichheit, die Mängel im Gesundheitswesen und Bildungssystem, die wirtschaftliche Leistungsschwäche und die grassierende Korruption kosteten die Partei Stimmen, die teils an linke Parteien, teils an die rechtsextreme Partei Jobbik verloren gingen.

Ihre aggressive fremdenfeindliche Hetzkampagne, die schnelle und entschiedene Reaktion von Fidesz gegen die Flüchtlinge konnte die für die Partei ungünstige Tendenz in der mehrheitlich nationalistischen Bevölkerung umkehren. Jobbik und Fidesz näherten sich weiter an. Der politisch-ideologische Unterschied – besonders in der Flüchtlingspolitik – verringerte sich: Fidesz wurde immer aggressiver, der Parteivorsitzende der rechtsextremen Jobbik wurde im Ton etwas gemäßiger, ohne daraus allerdings einen besonderen politischen Vorteil zu erlangen. Sogar einige Segmente aus dem Spektrum der Anhänger der sozialistischen Partei sympathisieren mit der Flüchtlingspolitik und der xenophoben Hasskultur der Regierung.

Welche Erwartungen hatte Orbán an das Referendum? Ein Vorteil für die Regierung wäre, dass die innenpolitischen und wirtschaftlichen Sorgen in den Hintergrund ge-

raten. Maßnahmen gegen Flüchtlinge (wie etwa der Grenzzaun), die Propaganda zur »Verteidigung der Nation« und der »Grenzen Europas« dienten als legitimierende Kraft für das autoritäre und autokratische Fidesz-Regime. Europapolitisch wollte sich Orbán in seinem historischen »Freiheitskampf gegen Brüssel« gegen die Vertiefung der EU profilieren. Neben seinem Bündnis mit Wladimir Putin hoffte Orbán darauf, Verbündete in der Union ansprechen zu können, wobei der Visegrád-Gruppe, in der Orbán die lauteste Rolle einnimmt, hierbei eine besondere Bedeutung zukommt. Denn neben Tschechien und der Slowakei folgt ihm vor allem die konservative polnische Regierungspartei PiS. Mit einem scharfen Auftreten gegen die amerikanischen Demokraten sowie seiner Unterstützung für Donald Trump und einer Öffnung nach Osten (u.a. Richtung östliche postsowjetische Länder wie Aserbaidschan) versucht Orbán, auch global eine Rolle zu spielen. Paradox ist hingegen der profitbringende Verkauf von Aufenthaltstiteln für islamische Geschäftsleute.

Viktor Orbán bedient sich eines in Ungarn stark verwurzelten Syndroms der »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit«, der kollektiven Vorurteile, um seine autoritäre, autokratische Herrschaft auszubauen und zu stärken. Nach Angaben des European Value Survey (von 2010) hat die Verbreitung von Vorurteilen und des Wohlstandchauvinismus zugenommen. Der Intoleranz-Wert in dieser Berechnung beträgt für Ungarn 48 % gegenüber 46 % in Griechenland, 16 % in Deutschland und 4 % in Schweden. Das Orbán-Regime wahrt zwar einen äußeren demokratischen Schein, hat aber ein tief antidemokratisches, autokratisches Wesen. In einer Rede in Tübingen (Siebenbürgen) übernahm Orbán 2014 positiv gewendet den von Fareed Zakaria, dem Chefredakteur von *Foreign Affairs*, negativ geprägten Begriff »illiberal democracy«. Er verkündete seinen eigenen »illiberalen Staat«, nach dem Modell von Singapur, China, Russland, Indien bzw. der Türkei.

Die wichtigsten Merkmale des illiberalen ungarischen autoritären Staates sind, nach Meinung des ungarischen Schriftstellers Rudolf Ungváry, u.a. die besondere Rolle des Anführers (Führerstaat), die dominante Partei (Staatspartei) im Zentrum, der permanente »Freiheitskampf« nach innen wie nach außen, wechselnde Feindbilder und deren Ausgrenzung, eine transzendente Legitimation, die Aushöhlung der liberalen Institutionen sowie ein Ultrationalismus.

Viele Beobachter stimmen dem früheren Bildungsminister Bálint Magyar zu, der Ungarn als »Mafiastaat« bezeichnet. Es geht hierbei um eine Symbiose von Macht und Geld. Faktoren dieses Machtsystems sind u.a. ein umfassender Entdemokratisierungsprozess, Verzerrungen des Wahlsystems und Wahlmanipulationen, eine zentralisierte Kontrolle der Medien, eine Ideologisierung und Zentralisierung des Bildungssystems, die Verbreitung von Angst, der Ausbau eines Vasallensystems, der ideologische Eingriff in die Kunst und Wissenschaft sowie ideologisierte architektonische Umgestaltungen der Hauptstadt und Geschichtsfälschungen durch eine nationalistisch geprägte Erinnerungskultur.

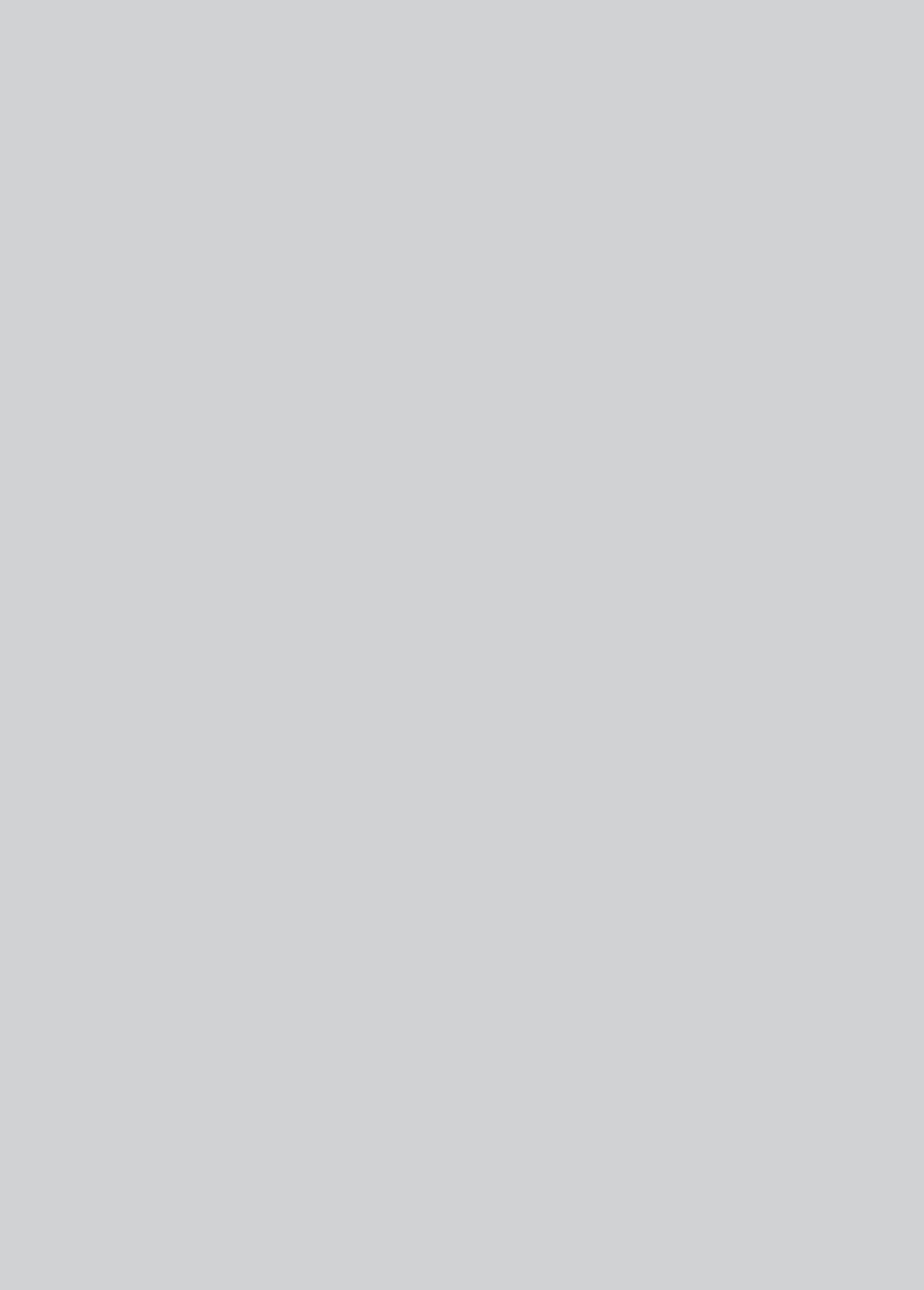
Paradox ist, dass Ungarn – das seit der Mitte der 80er Jahre eine Vorreiterrolle in der Transition vom Kommunismus zum demokratischen Kapitalismus gespielt hat – nun auch die erste Gesellschaft in Osteuropa ist, die einen Regimewechsel in die andere Richtung, hin zu einem postkommunistischen autoritären System macht. Hier fin-

det ein Prozess statt, der aus der ungarischen bzw. ostmitteleuropäischen Geschichte seit Jahrhunderten bekannt ist. Der große ungarische Dichter Endre Ady hat dies Anfang des 20. Jahrhunderts auf den Punkt gebracht, indem er Ungarn als Fährland bezeichnete, das zwischen Ost und West pendelt. An welchem Ufer wird Ungarn nun künftig anlegen und bleiben?

Der *World Value Survey* bietet eine Antwort. Trotz der weit verbreiteten wissenschaftlichen Überzeugung von ungarischen und westlichen Historikern, Politologen und natürlich progressiven Politikern, wonach Ungarn und Ostmitteleuropa insgesamt – trotz Sackgassen, Niederlagen, Traumata, mentalen Verzerrungen in ihren Gesellschaften und Wertestrukturen – Teil des Westens seien, sprechen die Fakten und empirischen Erhebungen eine andere Sprache. Danach ist Ungarn auf der geopolitischen Landkarte der Werte vom Kern der westlichen Kultur entfernt. Vor allem die Abschottung schreitet voran. Das betrifft einen Großteil, aber nicht die ganze Bevölkerung. Zudem gibt es eine mentale Verwandtschaft mit orthodoxen Kulturen, besonders mit den Russen, den Moldawiern, den Ukrainern und den Bulgaren.

Die Mentalität der herrschenden Eliten und die territoriale Lage des Landes an der Peripherie des (west)europäischen Kapitalismus führten zu einer Verzögerung des Modernisierungs- und Verbürgerlichungsprozesses. Kulturelle Minderheiten, insbesondere Juden und Deutsche, prägten das Bürgertum im Land. Vor einigen Jahrhunderten war die ungarische Politik vom Primat der territorialen und mehr noch der kulturellen Konfliktlinien gekennzeichnet: Es ging um die Lage als Pufferzone zwischen Nord und Süd (Reformation vs. Gegenreformation), zwischen West (industrieller Kapitalismus, Städtegürtel) und Ost (Landwirtschaft, präkapitalistische Gemeinschaften). Nation und Fortschritt gerieten in einen Gegensatz. Unter Kaiser Joseph II. spaltete sich um 1790 der ungarische Adel in verwestlichte und nationale Traditionalisten. Nach dem k.u.k.-Dualismus setzte sich diese Spaltung in Form eines – hegemonialen – Parteiensystems fort und nach der Wende von 1989 hat wieder ein Kulturkampf zwischen »Urbanen« und »Völkischen« die Innenpolitik bestimmt. Der erdrutschartige Zweidrittelsieg von Fidesz im Jahr 2010 hat die Spaltung quasi überwunden. Der Ausgang des Kulturkampfes erschien als entschieden. Gegenüber dem Nationalpopulismus von Fidesz wurden andere Parteien der Verwestlichung völlig marginalisiert. Sie sind zudem fragmentiert und bekämpfen sich gegenseitig.

Die Entwicklung ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Es mehren sich – wie gerade das Quotenreferendum gezeigt hat – die Zeichen der Enttäuschung gegenüber Fidesz, aber auch gegenüber den unfähigen und geschwächten linken Parteien. Trotz einer vorhandenen völkisch-ideologischen Legitimation verspüren immer mehr soziale Gruppen den ökonomischen Abstieg und die soziale Ungerechtigkeit. Immer stärker bemerkt man in Ungarn die Armut, das Abrutschen der Mittelklasse, die Angst vor einer prekären Existenz. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs war die Armut in Ungarn noch nie so ausgeprägt. Eine schicksalhafte materielle Spaltung ist erkennbar, wobei die wenigen Fidesz-treuen Reichen von der Unterstützung der Staatspartei besonders stark profitieren, während die unteren Schichten der Gesellschaft eindeutig verarmen. Besonders unter Kindern und Jugendlichen, weniger Gebildeten, unter der Minderheit der Roma sowie unter Arbeitslosen ist das Armutsrisiko in den letzten



sechs Jahren stark gestiegen. Etwa die Hälfte der Ungarn lebt in Deprivation. Ohne die EU-Gelder wäre die Situation wohl noch schlimmer, obwohl ein erheblicher Teil der Fördermittel entweder in Fidesz-nahe Projekte bzw. in korrupte Taschen fließt.

Unter Fidesz-Kritikern gilt es allgemein als ausgemacht, dass Ungarn seit 2010, als Orbán die Wahlen mit einer Zweidrittelmehrheit gewann, keinesfalls mehr hätte EU-Mitglied werden können. Die Einhaltung der sogenannten »Kopenhagener Kriterien«, die die Voraussetzung für die Mitgliedschaft darstellt, ist nicht gegeben. Die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung ist nur noch Fassade, statt einer funktionsfähigen Marktwirtschaft dominiert ein voluntaristischer Etatismus mit einem Klientelregime und einer sinkenden Wettbewerbsfähigkeit. Es gibt keine fairen Wahlen. Die Westbindung wird gelockert, während mit einem gleich oder ähnlich gesinnten Wladimir Putin eine engere Partnerschaft geknüpft wird. Anstatt Konflikte friedlich zu lösen, dominiert das Prinzip der Eskalation. So wurde etwa nur ein paar Tage nach dem Quotenreferendum die größte Oppositionszeitung *Népszabadság* geschlossen.

Und wie reagieren die ständig kritisierte und gedemütigte EU und die anderen EU-Staaten auf diese Entwicklung? Es gibt keine wirksame Reaktion. Je nach Nationalstaatskalkül und je nach politischer Ideologie findet man die unterschiedlichsten Antworten. Viele Sozialdemokraten, die meisten Linken und die Grünen wollen den Ausschluss oder eine Suspendierung Ungarns. Der sozialdemokratische Parlamentspräsident Martin Schulz z.B. kritisiert Orbán zwar scharf, am Ende aber zieht er Verhandlungen vor, die zum Kompromiss führen, anstatt Orbán in eine Art Opferrolle zu drängen. Von Links will man Orbán mit der Schließung des Geldhahns zur Vernunft bringen. Die Europäische Volkspartei muss einen regelrechten Spagat vollführen. Die in Teilen reaktionären, zur Schließung bereiten Kräfte in der CSU lähmen die humanistisch und realpolitisch gesinnten Kräfte der Versöhnung mit Angela Merkel an der Spitze.

Und dann gibt es noch die Gruppierungen, die innerhalb der EU gegen Europa aufreten, die Rechtsextremen und Rechtspopulisten. Deren Haltung ist klar. Daniel Cohn-Bendit hat dazu treffend gesagt: Fidesz – das ist die AfD an der Regierung.

Die EU ist in dieser Pattsituation quasi gelähmt und wird in die Defensive gedrängt. Gerade in einer Zeit der schwierigsten Krise Europas und in einer Zeit, in der die bisherigen Hauptakteure der westlichen Politik, die Volksparteien mit Kraftlosigkeit glänzen. In dieser Situation kommt Orbán mit einem alt-neuen Modell der 30er Jahre und verkündet bei dem Niedergang (des moralischen Imperialismus) des Abendlandes selbstbewusst vor seinen Truppen: Ich bin der Anführer, ich bin die neue Norm Europas, des Ostens und des Westens.

Liebe Freunde und verehrte Herrschaften in Brüssel und in den Hauptstädten! Ich warne Euch aus dem frustrierten Osteuropa, wo der national-»christliche« Kurs der Abschottung und der nationalistischen Hierarchien wieder in Mode ist. Ihr spielt immer noch den Chamberlain. Es ist aber Zeit, dass Ihr die Augen öffnet, die Zeit läuft ab.



**György G. Márkus**

ist Professor für politische Soziologie am Budapest College for Management, Senior Researcher der Ungarischen Akademie der Wissenschaften.

[gmarkusg@t-online.hu](mailto:gmarkusg@t-online.hu)